



GÖTTINGER BLÄTTER

10.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Interview mit Ulrich Schneider:

► „Armutspolitische Ignoranz“

Aus: <http://www.nachdenkseiten.de> vom 2. September 2017

Menschen, die aufgrund ihrer Armut aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt sind, eine Einkommensarmut, die sich seit der Wiedervereinigung auf einem Rekordstand befindet und Parteien, die sich vor der Bundestagswahl schwer damit tun, das Thema Armut anzugehen: Darum geht es in einem NachDenkSeiten-Interview mit dem Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Ulrich Schneider fordert von den politisch Verantwortlichen, dafür Sorge zu tragen, dass den Armen jene Unterstützung zuteilwird, „die sie brauchen, um teilhaben zu können an dieser Gesellschaft.“ Das Interview führte Marcus Klöckner.

Herr Schneider, die nächste Bundestagswahl rückt näher. Was wird sich nach der Wahl im Hinblick auf die Armut in unserem Land ändern?

Keine Ahnung. Ich kann nur so viel sagen, dass sich gar nichts ändern wird, wenn wir nicht in der Lage sind, vorbehaltlos die Umverteilungsfrage aufzuwerfen. Ohne eine entsprechende Steuerpolitik ist eine Bekämpfung der Armut in Deutschland schlechterdings nicht möglich.

Das Thema Armut spielt bis jetzt im Wahlkampf keine Rolle. Warum?

Die beiden großen Parteien zielen in ihrem Wahlkampf, oder was man so nennen will, fast traditionell auf die Mitte, um dort Mehrheiten zu erringen. Das Armutsthema hat bei dieser Strategie immer nur eine untergeordnete Funktion. Da hilft es dann auch nur wenig, wenn kleinere Parteien das Thema forcieren.

Verschließen die Parteien die Augen vor der Armut im Land?

Man muss fairerweise festhalten, dass das Thema Armut bei den unterschiedlichen Parteien eine sehr unterschiedliche Rolle spielt. Wenn allerdings lediglich ökonomische Erfolgsmeldungen gefeiert werden und bestritten wird, dass Armut

in unserem Land überhaupt in politisch relevanter Größenordnung existiert, dann kann man getrost von armutspolitischer Ignoranz sprechen.

Was sind die Gründe für dieses Verhalten von politischer Seite?

Armut ist immer auch eine moralische Anklage an die politisch Mächtigen, ist immer auch ein Armutszeugnis für die Politik und beinhaltet immer auch den moralischen Imperativ, zu teilen. Es geht um Umverteilung und es geht um Privilegien. Und genau diese werden von den Privilegierten mit allen Mitteln verteidigt.

Sagen Sie unseren Lesern doch bitte mal: Wenn Sie mit Politikern über die Armut in Deutschland reden, wie reagieren diese?

Je nach Couleur sehr unterschiedlich. Die Spanne reicht von großer Sachkenntnis und tiefem Mitgefühl bis hin zu vorurteilsbeladener Ignoranz. Ich möchte aber ganz bewusst auch betonen: Es finden sich in allen Parteien im Bundestag Menschen, die man für die Sache gewinnen kann und die ein Herz haben für die Menschen auf der Schattenseite dieser Gesellschaft.

Der Soziologe Stephan Hradil sagte vor kurzem gegenüber einem Medium auf die Frage, warum das Thema Armut regelmäßig hochkoche: „Der Diskurs wird wachgehalten von Organisationen, die daran interessiert sind, Sozialverbände zum Beispiel.“ Stimmt das? Kochen Sie das Thema einfach nur hoch, weil Sie ein Interesse daran haben? Ist es so einfach?

Wir haben ein massives Interesse daran, das Thema wachzuhalten, da dies die Voraussetzung ist, um Armut zu bekämpfen. Es geht darum, Millionen von Unterprivilegierten eine Stimme zu geben. Insofern hat der Herr Professor ganz recht.

Wie sehen die realen Verhältnisse in Sachen Armut in Deutschland aus?

Bittererweise befindet sich die Einkom-

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Armut	1	
VVN		2
FG Cuba		3
DKP		4
Grobian		5
DIE LINKE. Termine		6
DIE LINKE. Kreistagsinfo		7
Die LINKE. Kreisverband		8
DIE LINKE. Kreisverband		9
GöLinke		10
GöLinke Ratsinfo		11
Cuba Hurrikanhilfe		12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11.2017
ist der 20. Oktober.
Auslieferung am 26. Oktober.

mensarmut in Deutschland nach allen empirischen Befunden auf einem Rekordstand seit der Vereinigung. Zugleich ist es schwieriger geworden, der Armut wieder zu entkommen. Die soziale Mobilität ist erheblich erschwert. Hinter den vielen statistischen Befunden, die das belegen, stehen Menschen, die in großer Zahl abgehängt werden, denen Perspektiven fehlen. Besonders bedrückend ist die große Zahl armer Kinder und allergrößte Sorge muss der Umstand bereiten, dass auch die Altersarmut in Deutschland wieder wächst. Es ist Zeit, die Armut in Deutschland endlich konsequent zu bekämpfen. Wir müssen den Arbeitsmarkt wieder von seinen sozialen Verwerfungen bereinigen. Wir müssen diejenigen, die abseits vom Arbeitsmarkt stehen, endlich wieder die Hilfen zukommen lassen, die sie brauchen, um teilhaben zu können an dieser Gesellschaft. Und wir müssen wieder investieren in eine öffentliche Infrastruktur, die ein gutes Leben und Teilhabe für alle ermöglicht – seien es Schulen, Büchereien oder Sportplätze.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Ein Lehrstück, wie dreist Deutschland Reparationsforderungen seiner Nachbarn aussitzt

Auszug aus „Die Reparationsfrage“ (15.09.2017) des Informationsportals german-foreign-policy.com

Wie man Reparationen umgeht

Bereits im Vorgriff auf das erwartete Gutachten des Sejm, das polnische Reparationsforderungen gegen Deutschland wegen der NS-Massenverbrechen im Zweiten Weltkrieg als gerechtfertigt einstuft, haben die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags Ende August ein Positionspapier zu dem Thema verfasst. Es gibt die alte Rechtsauffassung der Bundesrepublik wieder, die darauf aufbaut, dass in allen einschlägigen Verträgen nach Kriegsende beschlossen wurde, Reparationen und Entschädigungen erst in einem künftigen Friedensvertrag festzulegen. Dies ist der Grund, weshalb Bonn strikt darauf bestand, den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 bewusst nur „anstelle eines Friedensvertrages“ zu schließen - dies „nicht zuletzt wegen der Gefahr von Reparationsforderungen“, wie Horst Teltschik, ein damaliger Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, vor zwei Jahren einräumte: „Bekanntlich war das Nazi-Regime mit über 50 Ländern dieser Welt im Kriegszustand. Stellen Sie sich vor, wir hätten im Rahmen eines Friedensvertrages Reparationsforderungen von über 50 Staaten auf dem Tisch gehabt.“ Das Schweigen des Zwei-plus-Vier-Vertrags zum Thema Reparationen, das dem Geist der erwähnten früheren Vereinbarungen Hohn spricht, wird von der Bundesrepublik nun sogar als angebliche Absage an Entschädigungen interpretiert: Die Vertragsparteien seien „sich einig“ gewesen, so ist etwa im Positionspapier aus dem Bundestag zu lesen, „dass es in Bezug auf Deutschland keine vertragliche Regelung mehr über Reparationen geben sollte, weshalb der Zwei-Plus-Vier-Vertrag bis heute jegliche Reparationsforderungen gegen Deutschland sperrt“.

Wie man Entschädigungen abwehrt

Formalrechtlich stützt sich das Positionspapier neben der beschriebenen juristischen Finte auf eine Reihe weiterer

bemerkenswerter Interpretationen. Dies betrifft unter anderem eine Erklärung der polnischen Regierung vom 23. August 1953, in der diese gegenüber der DDR „auf die Zahlung von Reparationen“ verzichtete. Die Tatsache, dass in der Erklärung die DDR auch als „Deutschland“ bezeichnet wurde, meinen die Autoren des Positionspapiers kurzerhand dahingehend auslegen zu können, dass damit ein - damals jenseits bundesdeutscher Rechtsfiktionen gar nicht existierendes - „Deutschland als Ganze(s)“ gemeint gewesen sei. Zu individuellen Entschädigungsansprüchen der Opfer von NS-Verbrechen wiederum heißt es in dem Papier, sie seien „als Teil der gesamten Reparationsfrage ... obsolet geworden“ und könnten nicht mehr geltend gemacht werden. Ohnehin kenne das internationale Recht „keinen Anspruch auf Schadensersatz oder Entschädigung von Einzelpersonen gegen Staaten“.

Quod licet Iovi...

Letztere Behauptung ist umso bemerkenswerter, als die Bundesrepublik Deutschland im Falle von Entschädigungsforderungen deutscher „Vertriebenen“-Verbände stets die gegenteilige Auffassung vertreten hat. So erklärte Kanzler Kohl am 21. Januar 1997 unmittelbar nach der Unterzeichnung der Deutsch-Tschechischen Erklärung, in der es mit Blick auf die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und ihre Enteignung hieß, dass „jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet bleibt“: „Die Vermögensfrage, die bleibt natürlich offen.“ Im Juni 2004 etwa teilte der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt Jürgen Chrobog exemplarisch mit: „Die Bundesregierung hat gegenüber der kroatischen Regierung ihr Interesse an der Entschädigung deutscher Vertriebener anhängig gemacht.“ Noch am 3. Juni erklärte der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk (CSU), in seiner Dankesrede für die Verleihung des diesjährigen Menschenrechtspreises

der Sudetendeutschen Landsmannschaft: „Das Recht auf die Heimat als ein Menschenrecht impliziert viele Fragen, darunter natürlich auch die nach einer materiellen Entschädigung.“ All diese Entschädigungsforderungen, die Berlin offen unterstützt, wurden und werden von Einzelpersonen gestellt und richten sich gegen Staaten.

Keine Staatenimmunität

Tatsächlich ist die deutsche Behauptung, Einzelpersonen könnten Staaten nicht auf Entschädigung verklagen, weil diese „Staatenimmunität“ genossen, international zumindest umstritten. In Italien etwa hat der Kassationsgerichtshof in Rom der Behauptung in einem Urteil vom 22. Oktober 2014 widersprochen; seither sind mehrere Urteile ergangen, die Deutschland zur Zahlung von Entschädigung verpflichten. Berlin versucht deshalb, die italienische Regierung zu nötigen, gegen die Gerichtsurteile einzuschreiten: ein bemerkenswerter Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz. Rom hat dem bislang nicht entsprochen; die Pfändung deutschen Eigentums in Italien zur Durchsetzung der Entschädigungszahlungen kann nicht mehr ausgeschlossen werden.

(Das Informationsportal german-foreign-policy.com ist für seine Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen. Spendenkonto: German News Information Services GmbH, Kreissparkasse Köln, IBAN: DE03 3705 0299 0000 2930 08, BIC: COKSDE33.)

.....

Festival

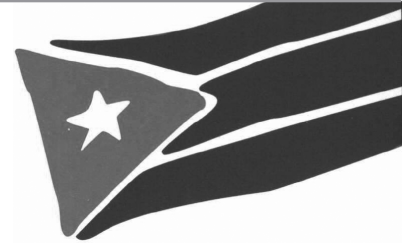
„siempre antifascista“

vom 03.-07.10.2017 in Göttingen
mit Vorträgen, Film, Ausstellung und Konzert.

Programm unter:
www.siempre-antifa-goettingen.net

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



Mitgliederversammlung
Dienstag, den 10. Oktober, 20:00 Uhr Berliner Hof

▶ Ramstein und Guantánamo schließen

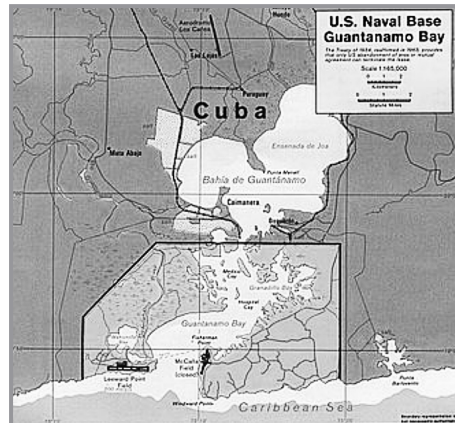
Zum Antikriegstag 2017, dem 1. September, hat das Netzwerk Cuba folgende Erklärung abgegeben:

Am 8. und 9. September findet in Rahmen der Aktionswoche „Stopp Air Base Ramstein“ in Kaiserslautern eine „Internationale Konferenz zu Militärbasen und ihre Bedeutung für weltweite Kriege“ statt.

Das bundesweite Netzwerk Cuba beteiligt sich aktiv daran und an den Protesten gegen die Politik der Bundesregierung, die durch ihre aktive und passive Unterstützung der NATO-Kriege – Seite an Seite mit den USA, oder sogar in Rivalität um die Vorherrschaft – längst mitverantwortlich ist für hunderttausendfachen Tod, Verstümmelungen und die Vernichtung der Lebensgrundlagen für Millionen Menschen. Die US Airbase in Ramstein ist wichtiges Kettenglied im blutigen ‚Geschäft mit dem Tod‘.

In Kuba ist die US-Militärbasis in Guantánamo ein großes und wichtiges Hafengebiet, ein anderes Kettenglied in dieser aggressiven Politik. In einem Areal, das

seit über einem Jahrhundert widerrechtlich und gegen den Willen Kubas von den USA besetzt ist, wird ein menschen-



verachtendes Foltergefängnis außerhalb jeglicher Gerichtsbarkeit aufrechterhalten. Diese Militärbasis fügt sich ein in ein Netz von siebzig US-Stützpunkten, das sich

über ganz Lateinamerika erstreckt, vor allem in Ländern, in denen die USA ihren Einfluss auf die Regierungen geltend machen können. Die Basen dienen dazu, in jener Region – nach US Sichtweise ‚im Hinterhof der USA‘ – unter Bruch jeglichen Völkerrechts, eine ihnen genehme Ordnung aufrecht zu erhalten und fortschrittliche Regierungen zu bedrohen, zu unterminieren oder wegzufügen. Die Geschichte der lateinamerikanischen Staaten ist voll von militärischen und geheimdienstlichen Interventionen durch den „Koloss im Norden“.

- ▶ Gemeinsam mit den anderen Organisationen fordert das Netzwerk Cuba unter dem Motto „Es ist an der Zeit“:
- ▶ Schluss mit den NATO-Militärbasen!
- ▶ Gegen die bedingungslose Unterstützung der aggressiven US-Politik durch die Bundesregierung
- ▶ Schließt Ramstein! Schließt Guantánamo!
- ▶ Rückgabe der widerrechtlichen besetzten Bucht von Guantánamo an Cuba
- ▶ Stoppt die Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- ▶ Aktiv für den Frieden – weltweit!

▶ Streit um Che Guevara-Denkmal in Argentinien

Rosario, Argentinien.

Ernesto „Che“ Guevara gehört zu den weltweit bekanntesten Argentinern. Doch in seinem Heimatland bleibt der Revolutionär, der in Kuba als Nationalheld verehrt wird, eine sehr umstrittene Persönlichkeit. Derzeit versucht eine liberale Stiftung in Guevaras Geburtsstadt Rosario, das dortige Denkmal zu Ehren des Guerilleros zu beseitigen. Anhänger Che Guevaras haben Widerstand angekündigt, berichtet heute das Lateinamerika-Portal [amerika21](http://amerika21.com).

„Der Märtyrer war ein Mörder“, sagt Franco López, der Vorsitzende der Stiftung „Bases“, über den Mann, der anderen als

idealistischer Kämpfer für eine bessere Welt gilt. López und seine Mitstreiter sammeln Unterschriften für eine Petition zur Entfernung des Denkmals. Diese soll am 9. Oktober beim Stadtparlament von Rosario eingereicht werden. Dann jährt sich der Todestag des Revolutionärs, der an der Seite Fidel Castros in Kuba triumphierte und später mit einer Guerilla in Bolivien scheiterte, zum 50. Mal.

Neben dem etwa vier Meter hohen Denkmal wollen die „Bases“-Aktivisten auch weitere Erinnerungen an Guevara in der Metropole am Paraná tilgen: Die Gedenktafel vor dessen Geburtshaus soll weg, das Wandgemälde mit Guevaras

Konterfei auf der Plaza de la Cooperación ebenfalls. Aus dem touristischen Programm der Stadt möchten die Initiatoren zudem den historischen Rundgang auf Ches Spuren gestrichen sehen. Die Stiftung „Bases“ besteht seit 2004 in Rosario. Sie wird in ihrem aktuellen Ansinnen von der deutschen FDP-nahen „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“ (FNF) unterstützt: „Che Guevara wird in Lateinamerika glorifiziert. Dabei werden seine Brutalität und Bemerkungen bzw. Toleranz zu Folterungen und politisch motivierten Morden verdrängt bzw. geleugnet“, so Jörg Dehnert, Leiter der FNF in Argentinien, gegenüber [amerika21](http://amerika21.com).

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

Einladung zur Kreismitgliederversammlung 2017

Der Sprecherkreis der DKP-Göttingen hat die Kreismitgliederversammlung 2017 zum Freitag, 27. Oktober 2017, 17.00 – 21.00 Uhr in das Rote Zentrum, Lange Geismarstr. 3 einberufen.

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung der Konferenz
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Beschlussfassung über Tagesordnung, Geschäftsordnung, Wahlordnung
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - Wahl der Wahlkommission
3. Rechenschaftsbericht
4. Kassenbericht
5. Revisionsbericht
6. Diskussion
7. Entlastung des Sprecherkreises/Kreiskassierers
8. Wahlen
 - Entscheidung über SprecherInnenkreis / Vorsitzende
 - Wahl des Leitungsgremiums der DKP-Göttingen
 - Wahl der Revisionskommission
 - Wahl der Delegierten / Ersatzdelegierten zur Bezirksdelegiertenkonferenz am 8. Dezember 2017
 - Wahl der/des Delegierten / Ersatzdelegierten zum Parteitag im März 2018
9. Antragsberatung und evtl. Beschlussfassung (Arbeitsplan und weiteres)
10. Verschiedenes
11. Schlusswort

Antragsschluss für Anträge ist der 20. Oktober. Antragsberechtigt sind alle Mitglieder der DKP-Göttingen. Anträge sind zu schicken an: goettingen@dkp-niedersachsen.de

Stimmberechtigt sind nur die Mitglieder der DKP - Göttingen, die ihren satzungsmäßigen Beitrag bis mindestens einschließlich September 2017 gezahlt haben. Beitragsmarken können vor der Versammlung erworben werden.

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 03. Oktober, 20:00 Uhr

Trotz Feiertag: Auswertung der Bundestagswahl

MV Dienstag, 17. Oktober, 20:00 Uhr

Entwurf des Leitantes des Parteivorstandes an den Parteitag im März 2018

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

SOFORTPROGRAMM der Deutschen Kommunistischen Partei

Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte! Stoppt den Krieg!



REVOLUTION HAT ZUKUNFT! 1917 - 2017 ★ 100 JAHRE ROTER OKTOBER

Sa, 21.10.17

Berlin Endes 11:30 Uhr

Konferenz 13:00 bis 19:00 Uhr

Kulturprogramm

Podiumsdiskussion

Konzert 19:30 bis 22:00 Uhr

Bejarano & Microfone Mafia
Achim Bigus
Free Willy
Gina Pietsch
Erich Schaffner
Singsgruppe Rotfuchs



Babylon | Rosa-Luxemburg-Straße 30 | Berlin www.dkp-rotfuchs.de **SDAJ**

Unterstützer: Bundesverband Arbeiterfotografie • Deutscher Presserichter Verband • Franziskus Ernst-Thälmann-Sonderkittels • SDAJ • Gruppe Kommunistische Arbeitererziehung • N Gers 2010 • KPS • März-Engels-Stiftung • OKY • Revolutionsklub Freundschafthaus e.V. • Rote Hufe

Konferenz 5,- Euro | Konzert 6,- Euro | Kombikarte 10,- Euro
Vorverkauf bei den Unterstützern und im www.uzshop.de

UZ Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Rote Fahnen
sieht man besser!

**Jetzt 4 Wochen
kostenlos
probelesen!**



Name Vorname

PLZ / Ort / Straße Nr.

E-Mail

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484

www.unsere-zeit.de

GROBIAN Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Stadt Göttingen zahlt doppelten Mietpreis an Adler Real Estate:

Wie die Wohnungsnot in Göttingen skrupellos ausgenutzt wird - und die Stadt wird zum Handlanger der Wohnungskonzerne gemacht: 10,38 Euro/qm in Grone-Süd

Nachdem zunächst eine Vielzahl Wohnungen der ehemaligen „Neue Heimat“ in Grone jahrelang leer standen, obwohl sich die Wohnungsnot in der Stadt – insbesondere für bezahlbaren Wohnraum – immer mehr zuspitzte, schien es Beginn des Jahres eine Lösung zu geben:

Hartnäckiges Groner Bürgerengagement und die Unterstützung von Grobian und der Göttinger Linken führte dazu, dass die (neuen) Eigentümer, die Adler Real Estate AG als Muttergesellschaft der „Westgrund“, der Stadt Göttingen das Belegungsrecht für 50 Wohnungen für 5 Jahre zugesichert hatte. Als Gegenleistung zahlte die Stadt dem Eigentümer 350.000 Euro Zuschuss für die Grundsanierung von 50 Wohnungen, also 7.000 pro Wohnung. Schon einmal ein großzügiges Geschenk der öffentlichen Hand an den privaten Investor für dringend benötigten Wohnraum – aber es kommt noch besser.

Wie Grobian herausfand, werden für neu vermietete Wohnungen teilweise horrenden Mieten verlangt. Dabei macht sich die Adler AG die Regelung der maximalen „Kosten der Unterkunft“ (KdU) schamlos zunutze: Wenn die Stadt für eine 5-köpfige Familie entsprechend der KdU-Liste maximal 843 Euro Miete plus Heizkosten zahlt, so haben Stadt und Westgrund offensichtlich diese Höchstpreise untereinander auch vereinbart. Nun ist die entsprechende Wohnung im Süntelweg in Grone-Süd nur 70,5 qm groß und die Miete beläuft sich im konkreten Fall nun auf satte 10,38 €/qm. Eine identische, frei vermietete Wohnung mit vergleichbarer Ausstattung im Nachbarhaus kostet aber selbst nach der jetzt erfolgten Mieterhöhung nur 5,46 €/qm – also etwa die Hälfte der mit der Stadt vereinbarte Miete.

Ein tolldreister Trick:

- ▶ Menschen, die gewöhnlich schlechte Karten auf dem sog. freien Wohnungsmarkt haben, haben nun eine Wohnung. Das ist gut!
- ▶ Die Stadt Göttingen sagt nach außen, dass sie nur Mieten entsprechend der KdU-Liste bezahlt, von denen ja jeder weiß, dass das i.d.R. viel zu wenig ist. Das ist nur scheinbar gut!

- ▶ Dass private Investoren vorranglich ihren Profit im Blick haben, ist nichts Neues. Hier jedoch lässt sich die Stadt Göttingen dreifach plündern:
- ▶ Zuerst zahlt sie die Wertsteigerung privater Immobilien,
- ▶ dann zahlt sie überbezahlte Mieten und schließlich trägt sie damit auch noch zur allgemeinen Mieterhöhung im Quartier bei.



- ▶ Die Westgrund nimmt einen deutlichen Schluck aus der Miet-Pulle. Sie bekommt die höchstmögliche Miete nach KdU-Liste. Gleichzeitig behauptet sie, dass die Durchschnittsmiete aller Wohnungen in Göttingen nur 4,93 Euro/pm (!) beträgt. Das ist unglaublich!

Nur dem aufmerksamen Engagement im Stadtteil Grone (Grobian) ist es zu verdanken, dass dieser Skandal bekannt wurde. Die Ratsfraktion der Göttinger Linken hat mit einer Presseerklärung bereits

öffentlich gefragt, ob die Stadt diese Mietwucherpraxis hinnehmen will, die den Stadtsäckel plündert und gleichzeitig die unsoziale Mietspirale ankurbelt und was die Verwaltung dagegen zu tun gedenkt? Aber sowohl die Stadt als auch die „demokratischen“ Medien schweigen bislang (Redaktionsschluss) dazu.

In Zukunft werden die kritischen Kräfte noch besser aufpassen müssen, wenn sich Stadt und private Unternehmen miteinander einlassen. (bs/

Groner Winterkino startet:

20. Oktober: Martin Luther

Ein Mönch kritisiert Kirche und Papsttum.. Das bleibt nicht folgenlos... Die Lebensgeschichte des Reformators im großen Spielfilm. Unser Abschluss des Lutherjahres.

17. November: Londoner Straßenkater

Ein drogenabhängiger Straßenmusiker schließt Freundschaft mit einer Katze, die ihm hilft, sein Leben zu stabilisieren.

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

am **Donnerstag, 26.10.2017, 19 Uhr** bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Straße 73, Göttingen

Tagesordnung:

1. Einladung, Begrüßung, Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführer, Feststellung der Tagesordnung
2. Aussprache zu den Ergebnissen der Bundestags- und Landtagswahl
3. Vorbereitung des Landesparteitags am 28.10.
4. Berichte aus den Ortsverbänden, Arbeitsgruppen und der Kommunalpolitik
5. Verschiedenes

LINKER Stammtisch

Dienstag, 17. Oktober, 20 Uhr in der Hafenbar Kadenz in der Judenstraße 17

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mittwoch, 22. November, 19.30 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3
Schwerpunktthema: LINKES Steuerkonzept (mit Edgar Schu) und weitere Arbeit.

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 11. Oktober, 18.00 Uhr Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 10. Oktober, 19.30 Uhr im Gemeindezentrum Rosdorf

Veranstaltungen zur Landtagswahl

Ökologische Landwirtschaft in der Region

Freitag, 6. Oktober 2017, 18 Uhr im **Jugendgästehaus Duderstadt**, Adenauerring 23 mit dem Parteivorstandsmitglied Johanna Scheringer Wright, der Direktkandidatin zur Landtagswahl Stine Rummel-Strebelow und regionalen Akteuren der Ökologischen Landwirtschaft.

Die Zukunft der Landwirtschaft muss ökologisch sein, etwas anderes können wir uns auf Dauer nicht leisten. Doch wie kann dieses Ziel erreicht werden? Welche Ansätze in der Region gibt es?

Bildung und Soziale Frage

am **Montag, 9. Oktober 2017, 18.30 Uhr** in Gaststätte zum Onkel Paul, Siebenturmstr. 9 Hann. Münden mit den Wahlkreisandidaten zur Landtagswahl Joachim Bons + Eckhard Fascher

Bildungschancen von Kindern hängen sehr stark von dem Geldbeutel ihrer Eltern ab. Die IGS bietet die besten Möglichkeiten zur Förderung aller Kinder. DIE LINKE möchte die IGS als Regelschule verankern und eine kostenfreie Bildung von der Krippe bis zur Universität, um eine gute Bildung unabhängig vom Geldbeutel zu ermöglichen. Erzwungene Erwerbslosigkeit übt Druck auf Noch-Beschäftigte aus. Sie betrifft nicht nur die Erwerbslosen, sondern zerstört auch die Zukunft von deren Kindern. Erwerbslose brauchen Perspektiven. DIE LINKE fordert eine sanktionsfreie Grundsicherung und öffentlich geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten zu tariflichen Bedingungen.

Weitere Veranstaltungen auf Seite 9

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

Ansprechpartnerin: Katja Sonntag
Katja.Sonntag@dielinke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386
edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen
IBAN: DE39 2609 0050 3401 5108 00
BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 6 - September 2017

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Neben den von unserer Gruppe gestellten Anträgen gab es in der letzten Kreistagssitzung ein wenig Aktivität von Seiten der CDU. Neben einem albernem Antrag zum „Extremismus“, den Rieke Wolters für uns in gewohnt satirischer Manier zerpfückte, kommen von dort aber auch gute Vorschläge, die wir mittragen können – so die Verabschiedung des Antrages, den Schülern der Sekundarstufe II freie Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 5 – Vergütung der Beschäftigten bei der GAB

Die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung, kurz GAB, ist ein Unternehmen im Eigentum des Landkreises Göttingen. In diesem Unternehmen kommt der TVöD allerdings nicht zur Anwendung.

Mit unserem Antrag fordern wir nun, die Situation der Beschäftigten zu verbessern, indem eine tarifvertragliche Regelung ausgehandelt werden soll. Dazu schlagen wir Verhandlungen mit der Gewerkschaft verdi vor. Eckhard Fascher schlug in seiner Rede außerdem vor, den Betriebsrat in den Fachausschuss einzuladen.

Die Antworten der Redner der Mehrheitsgruppe waren sodann nicht frei von Widersprüchen. So wurde darauf hingewiesen, dass die Bezahlung bereits jetzt ganz ordentlich sei, wobei die derzeitigen Einzelverträge an den TVöD angelehnt seien. Gleichwohl wurde der Teufel an die Wand gemalt, wenn dies nun geändert werden sollte. Dadurch würden Defizite entstehen, da die Gesellschaft mit Unternehmen in Konkurrenz stehe, die mit Mindestlöhnen arbeiteten. Wenn der Landkreis diese Defizite ausgleichen müsste, wäre das ein „Eingriff in den Wettbewerb“, der den neoliberalen Parteien ja heilig ist. -> Die weitere Beratung erfolgt im Sozialausschuss.

TOP 9 – Extremismusprävention stärken

Zum laufenden Wahlkampf wurde von der CDU ein Antrag vorgelegt, der – wie Konrad Kelm in seiner Rede bemerkte – so ähnlich auch von der AFD in diverse Parlamente eingebracht wurde, wobei Göttingen als „Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt“ bezeichnet wurde. Begründet wurde das dann aber mit Vorgängen in Hamburg am Rande der G-20-Proteste.

Das Problem des Rechtsextremismus in Südniedersachsen wurde dabei großzügig umschiffen und das Bündnis gegen rechts existiert für die CDU einfach nicht.

Andrea Obergöker (Grüne) wies in ihrer guten Rede darauf hin, dass der Extremismusbegriff nicht nur unwissenschaftlich sei sondern so auch nur in Deutschland verwendet werde. Der Antrag, der nun im Jugendhilfeausschuss beraten wird, sei als populistische Gleichmacherei von rechts und links zu werten. Zudem sei eine Kriminalisierung der berechtigten G-20-Proteste nicht hinnehmbar.

TOP 6 – 100 geförderte Arbeitsplätze schaffen

In unserem Antrag wird der Auftrag an die Verwaltung formuliert, ein Konzept zur Schaffung von 100 geförderten Arbeitsplätzen für Empfänger von SGB-II-Leistungen zu entwickeln. Es soll sich dabei um reguläre Beschäftigungsverhältnisse handeln, deren Vergütung nach dem gültigen Tarifvertrag erfolgt.

Mit dem Hinweis, dass es Projekte dieser Art in allen Bundesländern mit LINKER Regierungsbeteiligung bereits gebe, brachte Eckhard Fascher unseren Antrag ein. Während die Redner von Grünen und FWLG, Linne und Dinges, sich sachlich mit dem Antrag auseinandersetzten, wurden von den CDU- und SPD-Vertretern, Thiene und Philippi, nur platte Sprüche in die Debatte geworfen. Landrat Reuter meinte gar, die Langzeitarbeitslosen seien ohnehin viel zu träge, da sie sich nicht einmal in Sportvereinen anmeldeten, obwohl dies kostenlos möglich sei.

Die weitere Beratung erfolgt im Fachausschuss.

TOP 7 – Ansiedlung eines großflächigen Möbelmarktes in Göttingen verhindern

Ganz gleichgültig, was in den lokalen Medien abwechselnd berichtet wird, wer sich ansiedeln möchte und wer nun gerade doch nicht, schlug unsere Gruppe dem Kreistag vor, der Landkreis solle sich in die Aufstellung des Bebauungsplanes einbringen und dabei eine Ablehnende Haltung vertreten.

Hans-Georg Schwedhelm erläuterte den Antrag und wies darauf hin, dass das sog. „Randsortiment“ der Möbelmärkte eine bedeutende Konkurrenz für den Einzelhandel in den Innenstädten darstelle.

Während Martin Worbes von den Grünen darin und auch sonst überhaupt kein Problem erkennen konnte, setzte sich die Groner Bürgermeisterin Sterr (SPD) vehement für die Einrichtung eines Möbelmarktes mit möglichst gigantischen Ausmaßen ein – in „ihrem“ Stadtteil möchte sie keiner „Verhinderungspolitik“ ausgesetzt sein.

Als Stimme der Vernunft trat diesmal Lothar Koch von der CDU in Erscheinung. Er könne unserer Argumentation voll und ganz folgen und beurteile das Vorgehen der Stadt Göttingen als „nicht akzeptabel“. Insbesondere seien auch die Möbelmärkte im Landkreis gefährdet.

Auch wenn hier nun zwei kirchturmpolitische Alternativen gegenüber traten: Dass die Mehrheitsgruppe offenbar nichts gegen die Verödung der Innenstädte hat, zeigt, wie sehr sie nur noch sogenannten „Investoren“ gefällig sind.

TOP 10 – Radweg-Lückenschluss Göttingen - Niedernjese

Einen ähnlichen Antrag, in dem vordringlich der Bau einer Brücke über die Rase bei Rosdorf vorgeschlagen wird, um die Radwegverbindung entlang der Leine zu verbessern, hatte DIE LINKE bereits in der vergangenen Wahlperiode gestellt.

Merkwürdigerweise meinte die Grünen-Abgeordnete Wirth nun, der Antrag sei „zu spät“ gestellt worden.

Die weitere Beratung erfolgt nun im Bauausschuss, wogegen – nicht zum ersten Mal – der SPD-Mann Aue etwas hatte. Selbst die eigene Geschäftsordnung ist offenbar störend, wenn die Anträge von uns kommen.

TOP 33 – Freies W-LAN in Gebäuden des Landkreises

Dieser Antrag wurde von uns bereits vor der Sommerpause eingebracht und sein Inhalt traf auch auf einen allgemeinen Konsens. Obwohl sich also ausnahmslos alle Abgeordneten mit unseren Forderungen einverstanden erklären konnten, wurde nicht unser ursprünglicher Antrag beschlossen, sondern eine modifizierte Fassung, da wir andernfalls ja einen Erfolg hätten verbuchen können. Sei's drum, die Situation wird sich nun ganz sicher verbessern und das Niveau der Digitalisierung im Landkreis Göttingen dürfte bald das diverser Schwellenländer erreicht haben.

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► Sozialökologischer Umbau mit LINKS

Das LINKE Parteivorstandsmitglied, die Thüringer Landtagsabgeordnete Johanna Scheringer-Wright stellte am 8.9. anhand des Wahlprogramms die Vorstellungen der LINKEN zum sozialökologischen Umbau vor. Johanna, die auch Sprecherin der Ökologischen Plattform ist, betonte dabei, dass unter den herrschenden marktwirtschaftlichen und kapitalistischen Bedingungen ein sozialökologischer Umbau kaum möglich ist. Hier schilderte sie die negative Rolle und den starken Einfluss internationaler Konzerne, deren Macht mit Hilfe von Freihandelsabkommen gegenüber staatlichen Stellen noch zementiert wird.

Deren Macht muss aber gebrochen werden. Es bedarf eines starken öffentlichen Sektors und einer Umverteilung des privaten Reichtums. Um die Umstellung auf regenerative Energien und auf den öffentlichen Verkehr zu erreichen, bedarf es erheblicher öffentlicher Investitionsmittel.

Unter den jetzigen Bedingungen findet eine Aufzehrung der natürlichen Lebensgrundlagen statt.

Notwendig ist eine vollkommene Umstellung auf ökologische Landwirtschaft, von der sich bei entsprechender Planung die Weltbevölkerung ausreichend ernähren kann.

Da veredelte Lebensmittel wie Fleisch nicht mehr im bisherigen Umfang konsumiert werden können, kann es zu einem Konflikt zwischen dem ökologisch Wünschenswerten und den Interessen von einkommensschwachen Menschen kommen, die sich einzelne teurer werdende Güter nicht mehr leisten können. Hier ist ein Bewusstseinswandel notwendig, der ermöglicht, dass Menschen gleichermaßen Verzicht leisten, um insgesamt Lebensmittel von besserer Qualität zu erreichen.

In der Diskussion war man sich einig, dass die Veränderung der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen einhergehen muss mit einem umfassenden Bewusstseinswandel. Das Problem der Grünen dabei ist, dass sie die kapitalistischen Strukturen nicht wirklich in Frage stellen. Für Veränderungen setzten sie in der Vergangenheit schon explizit darauf, dass das, was ökologisch sinnvoll war auch ökonomisch naheliegend sein musste. EF

► Die AfD – Im Kreistag jedenfalls völlig wirkungslos

Etwas verwundert rieb sich der Verfasser dieses Artikels die Augen, als er eher zufällig zur Kenntnis nahm, dass ausgerechnet die seit November 2016 im Göttinger Kreistag sitzende AfD-Abgeordnete Dana Guth die AfD-Liste zur Landtagswahl anführt. Unter einem Spitzenkandidaten oder einer Spitzenkandidatin einer zukünftigen Landtagspartei stellt man sich ja gemeinhin eine rhetorisch versierte, über ein breites politisches Allgemeinwissen verfügende Person vor, die es schafft, normale Bürgerinnen und Bürger mitzureißen oder zumindest inhaltlich zu überzeugen. Diese verfügen über eine lange politische Praxis und sind häufig längere Zeit in Kommunalparlamenten aktiv gewesen.

In der „schriftlichen Kandidatenvorstellung zur Landtagswahl 2017“ der 47jährigen Guth findet sich nichts von einer längeren politischen Erfahrung. Unter „politischer Werdegang“ ist ihr Eintritt in die AfD 2016 und ihre Übernahme des Kreisvorsitzes im selben Jahr vermerkt. Auch beruflich finden sich keinerlei politische Bezüge, sie ist Immobilien- und Versicherungsmaklerin.

Man mag hier einwenden, dass eine Maklerin zumindest über ein gewisses rhetorisches Geschick verfügen muss, das ihr zweifellos in der Politik zu Gute käme. Nun, als Kreistagsabgeordneter

kann man leider nicht beurteilen, ob Guth nicht nur so heißt, sondern auch gut reden kann: Dem Verfasser ist nämlich nicht aufgefallen, dass sie sich auch nur einmal zu Wort gemeldet hätte.

Aber warum ist diese Frau überhaupt gewählt worden? In der Berichterstattung der Medien nach ihrer Wahl wird vor allem hervorgehoben, dass sie eine Kritikerin des derzeitigen Landesvorsitzenden ist. Sie scheint also von innerparteilichen Flügelkämpfen profitiert zu haben. Und ihre Positionen? In ihrer Kandidatenvorstellung findet sich Folgendes: „Die vollkommen verfehlte Politik der Altparteien hat unser Land bereits nachhaltig verändert. Der unaufhaltsame, illegale Zustrom kulturfremder Menschen, getarnt mit Begriffen wie Flüchtlinge oder Familiennachzug, verringert tagtäglich unsere Chance, diese Entwicklung aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen (...).“

Mein Engagement gilt der AfD, da sie die einzige Partei ist, die sich gegen Asylwahn und Islamisierung einsetzt.“ und zu Bildung: „Schluss mit ideologischer Indoktrination! Für viele Kinder ist es heute im Rahmen ihres verpflichtenden Schulbesuches nicht mehr möglich, der Zwangsbeglückung mit muslimischen Kleidungs Vorschriften, rituellen Waschungen in den Sanitärräumen, Gebeten auf dem Schulflur, Rücksicht auf den

Ramadan, Moscheebesuchen etc. zu entgehen. Diesem Vorgehen muss unverzüglich ein Ende gesetzt werden.“

Auch wenn Frau Guth offensichtlich absolut nicht die persönlichen Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Landtagsarbeit mitbringt, ist zu hoffen, dass ihr politisches (Nicht-)Wirken auch nach dem 15. Oktober auf den Kreistag beschränkt bleibt und die AfD nicht in den Landtag einzieht.

Glücklicherweise muss man sich diese oder ähnliche Hetze nicht im Kreistag anhören, da auch die anderen AfD-Abgeordneten, der Fraktionsvorsitzende und Fahrlehrer Frank Rathmann und Gabriele Kesten praktisch immer schweigen. Obwohl diese durch glückliche Auslosung gegen die gleichstarke FDP-Fraktion in fast allen Ausschüssen mit Stimmrecht vertreten ist, fehlen sie häufig. Anträge stellen sie auch nicht, abgesehen von einer Ausnahme in der letzten Kreistagssitzung: Ein Änderungsantrag zur Abfallentsorgung, die Sammlung von Baum- und Strauchschnitt betreffend. So richtig ernst genommen hat das niemand, war doch die AfD nicht in dem vorbereitenden Umweltausschuss erschienen, um ihren Antrag - wie das Praxis ist - einzubringen.

Also, bisher jedenfalls ist die AfD im Kreistag völlig wirkungslos. EF

► Landtagswahlkampf eröffnet – Janine Wissler in Göttingen

Am 6. September fand die erste eigentliche Landtagswahl-Veranstaltung „Zurück in den Landtag – Was bedeutet DIE LINKE im niedersächsischen Landtag?“ mit Janine Wissler, der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im hessischen Landtag sowie den vier LINKEN Direktkandidaten Stine Rummel-Strebelow, Dr. Joachim Bons, Dr. Eckhard Fascher und Edgar Schu statt. Einige der rund 25 – 30 Teilnehmer*innen waren bisher nicht oder eher selten auf LINKEN Veranstaltungen aufgetaucht.

In ihrem Eingangsreferat berichtete Janine über die Möglichkeiten, auch aus der Opposition heraus Veränderungen anzustoßen. Wichtig ist dabei die Unterstützung von Betroffenen bzw. außerparlamentarischen Bewegungen. Durch deren Anwesenheit bei Landtags-sitzungen fühlten sich die Abgeordneten der anderen Fraktionen genötigt, auf diese einzugehen.

Auch hob sie die Bedeutung des öffentlichen Eigentums für Politikgestaltung im Interesse der großen Mehrheit

hervor. Aus Janines Sicht ist die Situation für DIE LINKE in Hessen einfacher, da DIE LINKE als Partei vor allem in Ballungszentren verankert ist und Niedersachsen sehr viel ländlicher geprägt ist als Hessen.

Anhand der von den vier Direktkandidaten referierten Themenschwerpunkten wurde dann die Bedeutung des niedersächsischen Landtages für LINKE Politik erörtert.

Eckhard Fascher hob die Zuständigkeit des Landes für die Bildungspolitik hervor. Hier geht es ihm um die Verankerung der IGS als Regelschule und eine kostenlose Bildung von der Krippe bis zur Universität, um für alle Kinder gute Bildung sicherzustellen.

Edgar Schu erläuterte das Steuerkonzept der LINKEN. Er hob hervor, dass einerseits alle unterhalb eines Einkommens von 7.000 Euro Monatsbrutto, also mehr als 90 Prozent der Steuerzahler, von dem Steuerkonzept profitieren. Nur die wirklich Reichen müssten mehr bezahlen. Es ist so endlich möglich, genügend Geld für öffentliche Aufgaben zu

bekommen, die Infrastruktur zu sanieren und die Daseinsvorsorge sicherzustellen. Ein neues Image für DIE LINKE.

Joachim Bons betonte die Notwendigkeit einer sozial-politischen Wende hin zu sicheren und unbefristeten Arbeitsplätzen mit höheren tariflichen Löhnen und einem Mindestlohn von mindestens 12 Eur/Std. Öffentliche Aufträge sollen nur an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne bzw. diesen Mindestlohn zahlen. Die Menschen brauchen einen massiven Ausbau von Wohnungen mit Sozialbindung, eine Erhöhung des Rentenniveaus sowie eine solidarische Mindestrente, Bürgerversicherung und eine Mindestabsicherung bei Arbeitslosigkeit von mind. 1050 Euro monatlich. Dies ist durch das LINKE Steuerkonzept finanzierbar.

Für Stine Rummel-Strebelow steht die Notwendigkeit des sozial-ökologischen Umbaus im Vordergrund. So muss regenerative Energie an vielen Orten dezentral erzeugt werden und dort auch ihre Abnehmer finden! Dies darf aber nicht zu einer Erhöhung des Strompreises führen!

Nahrungsmittel sollen regional, biologisch und tiergerecht hergestellt sein. Andererseits muss es möglich sein, dass jeder Mensch sich diese leisten kann und die Erzeuger von ihrer Arbeit leben können.

Die Teilnehmer*innen nutzten die Möglichkeit für Statements und Fragen zu sehr unterschiedlichen Themen.

Landtagswahl am 15. Oktober

Bei Auslieferung dieser Göttinger Blätter ist die Bundestagswahl hoffentlich gut ausgefallen, die Landtagswahl liegt aber noch vor uns. Für die letzten vierzehn Tage werden hier nochmal engagierte Genossinnen und Genossen gebraucht, um in Göttingen einen Beitrag dazu zu leisten, dass wir wieder in den Niedersächsischen Landtag einziehen werden.

Dies betrifft Verteilaktionen, Informationsstände und die Unterstützung bei der Durchführung von Veranstaltungen.

Wer helfen will, kann dies am einfachsten per Telefon unter 0551-49566680 oder mit einer E-Mail an kreisverband@dielinke-goettingen.de tun.

Am 28. Oktober wird es einen Landesparteitag geben, auf dem über das Ergebnis der Wahlen diskutiert wird.

Fortsetzung Termine von Seite 6

Und der wichtigste Termin: Wahlfeier

So., 15. Oktober, ab 17.30 Uhr in der Hafensbar Kadenz; Judenstr. 17, Göttingen

Veranstaltung Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

G20 und die Folgen - Zwischen rebellischer Hoffnung und Grüßen aus der autoritären Zukunft?

Donnerstag, 5. Oktober, 19.00 Uhr in OM10, Obere-Masch-Straße 10, Göttingen

Referent*innen: Basisdemokratische Linke Göttingen + Redical M
Wie sind der G20-Gipfel und seine mediale Besprechung einzuschätzen? Welches Fazit kann hinsichtlich des Verlaufs der Proteste, des repressiven polizeilichen Handelns und der Beschneidung bürgerlicher Rechte gezogen werden? Wie politisch war der Krawall? Wie erklären sich die Hysterie und die Hetze gegen die (radikale) Linke? Wie sind die bisherigen politischen, juristischen und diskursiven Folgen zu bewerten? Vermittelt Hamburg eine rebellische Hoffnung, oder vielmehr einen Gruß aus der autoritären Zukunft?

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Bei allen Neubauprojekten ab 25 Wohneinheiten:

▶ Verbindliche Quote von Sozialwohnungen

Wohnungen mit einer Kaltmiete von 10 Euro/m² und deutlich darüber hinaus sind jederzeit in Göttingen zu erhalten und werden auch von privaten Investoren neu geschaffen. Gleichzeitig herrscht Stillstand, ja Schwund bei Wohnungen, die sich Geringverdiener*innen, SGB-Berechtigte, ja selbst Menschen mit einem Durchschnittsverdienst leisten können. In Göttingen brauchen wir also keine neuen Luxuswohnungen, sondern Wohnraum, der für jeden bezahlbar ist.

Und weil Politiker*innen sich unter „bezahlbar“ durchaus unterschiedliche Spannen vorstellen und der Begriff dementsprechend zu unpräzise ist, fordert die Göttinger Linke nun definitiv auch in Göttingen eine verbindliche Quote von mindestens 30 % von Sozialwohnungen bei jedem neuen Bauprojekt. Und damit klar ist, was wir mit „bezahlbar“ meinen, benennen wir auch den offiziellen Kaltmietpreis von 5,63 Euro/m², mindestens aber deutlich unter 6 Euro/m².

Und wir sagen, dass solche, mit öffentlichen Geldern geförderten Wohnungen, nicht nach kurzer Zeit wieder zu Spekulationsobjekten für Miethaie, Abschreibungsgesellschaften und private Wohnungsbau-gesellschaften werden dürfen. Deshalb fordern wir eine Mindestbindung von 30 Jahren für diese Wohnungen. Besser wäre noch die Unauflöslichkeit der Sozialbindung nach dem Motto: Einmal Sozialwohnung immer Sozialwohnung!

Wir haben in den letzten Jahren erlebt haben, dass von ehemals mehr als 6000 Sozialwohnungen demnächst nur noch weniger als 1000 zur Verfügung stehen. Das hat sowohl damit zu tun, dass seit zwei Jahrzehnten keine neuen Wohnungen mehr

gefördert wurden, aber auch damit, dass für immer mehr Wohnungen aus dem Bestand die Sozialbindung entfällt. Diese ehemals öffentlich geförderten Wohnungen werden mittlerweile zumindest teilweise ebenfalls zu höchsten Mieten mit hohen Gewinnmargen angeboten.

So wurde jetzt bekannt, dass inzwischen auch in Grone-Süd im Bestand der ehemaligen Neue Heimat-Wohnungen ein Quadratmeterpreis von 10,38 Euro – Kaltmiete versteht sich – gefordert wird.

Während der OB zumindest signalisiert, dass er eine Quote für Sozialwohnungen nicht grundsätzlich ablehne, argumentieren insbesondere CDU und FDP Ratsvertreter*innen vehement gegen diese Quote mit Argumenten wie „Eingriff in Eigentumsrechte, Planwirtschaft und Wettbewerbsverzerrung (zugunsten gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften)“. Vom Grundrecht auf Wohnen, von der Sozialpflichtigkeit von Eigentum, von der Fürsorgepflicht der Kommune für alle seine Bürger*innen war bei ihnen mit keinem Wort die Rede.

Und da können noch so viele schöne Reden und Anträge zum Wohnungsbau im Rat und gerade jetzt im Wahlkampf geschwungen werden. Das alles bleiben Lippenbekenntnisse und unverbindliche Bekundungen, solange die Gremien auf Bundes- und Landesebene, aber auch in den Städten und Gemeinden nicht regelnd eingreifen. Durch milliardenschwere Investitionsprogramme, aber auch durch konkrete Festsetzung von Verpflichtungen und Auflagen, wie z.B. einer verbindlichen Quote zur Erstellung von Sozialwohnungen.

Siehe auch S.5 (Westgrund-Artikel Grobian)

▶ Besuch bei den Stadtwerken

Mario Barth kocht vor Wut, weil seine Freundin zu teuren Strom kauft, die Tochter einer schrecklich nervigen Familie spart bei Check 48 in vierstelliger Höhe und blockiert das Bad, die Eon beantwortet „Hallo Herr Braun!“ auch dümmste Fragen gefakter Kunden (Solarstrom bei Regen, wir arbeiten dran) und ganz Clevere verdienten sich

mit den Prokon-Windmühlen ein goldenes Näschen.

Auch in unserer Region ist der Energiemarkt in Aufruhr, beispielsweise durch den (überteuerten) Ankauf des kommunalen Stromnetzes. Dank Energiewende und Elektromobilität wird der Markt in Bewegung bleiben, unsere Stadtwerke planen

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347

GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Rolf Ralle
Edgar Schu

GöLinke-Mitgliederversammlung:

Montag, 20. November, 20 Uhr

TO und Ort werden noch bekanntgegeben

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 1. November, 19 Uhr
Stadtwerke, Hildebrandstraße 1

Thema: Quo vadis, Stadtwerke?
(siehe auch untenstehende Ankündigung)

vor. Welche Änderungen sie planen, was sie außerhalb des Stromes mit Gas und Wasser vorhaben, wollen wir mit ihnen besprechen.

Das ist möglich, weil die **Göttinger Stadtwerke** uns freundlicherweise für den **1. November** um 19:00 Uhr zu einem „**Kommunalpolitischen Arbeitskreis vor Ort**“ eingeladen haben. Treffpunkt ist am Haupteingang in der **Hildebrandtstraße** (Bushaltes „Schützenplatz“), da es einen kleinen Imbiß geben soll, bitten wir **bis zum 22. Oktober um Anmeldung** unter sprecher*innenkreis@goettinger-linke.de

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
 im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo
aktuell

Kein Verkauf des Friedjof-Nahnsen-Hauses

Das ehemalige Goethe-Institut soll demnächst verkauft werden. Die Stadtverwaltung hat inzwischen ein Exposé vorbereiten lassen und hofft auf einen ordentlichen Schluck aus einer Investorenpulle. Mindestgebot: 6,1 Mio € mit ein paar einschränkenden Auflagen: keine Kneipe, kein Verbindungshaus. Unser Antrag im Rat, das Haus solle im Besitz der Stadt bleiben und wenn schon unbedingt verkauft, dann an die städtische Wohnungsbaugenossenschaft, wurde von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt. Sie und der OB fantasierten etwas von den vielen schönen Dingen, die man mit diesem Geld machen kann. Unsere Befürchtung geht dahin, dass das Geld in einen provisorischen Bau fließen wird, der die Stadthalle kurzfristig ersetzen soll. Das Geld wird angesichts der Bauvorhaben der Stadt ganz schnell verpulvert sein. Das ist Politik nach dem Motto: nach uns die Sintflut. Das Tafelsilber der Stadt wird am Ende einigen Geldgeiern gehören, an die die Stadt viel Geld für Miete bezahlen wird. Z.B. zahlt die Stadt jedes Jahr für die Flüchtlingsunterkunft auf der Siekhöhe fast eine halbe Mio. €. Das Geld ist einfach nur weg. Würde die Siekhöhe aufgegeben und die Geflüchteten ins Goethe-Institut umgesiedelt, hätten alle gewonnen. So steht der Verlierer schon fest: die Stadt

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](http://goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Grundsätzliches Demokratieverständnis im Rat

Gemeinsam mit den Piraten/PARTEI haben wir einen Antrag eingebracht, der die Minderheitenrechte im Rat stärken soll. Der Hintergrund dazu war die Nichtbefassung eines Antrags der PARTEI in der Septembersitzung. Bisher sieht die Satzung des Rates vor, einen unliebsamen Antrag einer Partei mit einfacher Mehrheit mit Nichtbefassung von der Tagesordnung zu nehmen. Diese Hürde würden wir gerne auf eine zweidrittel Mehrheit erhöhen, Mit der bisherigen Regelung könnte theoretisch rot/grün oder rot/schwarz (auf jeden Fall spielen immer die Sozialdemokraten dabei mit) jeden Antrag anderer Parteien von der Tagesordnung kicken und bräuchte gar keine Opposition mehr. Selbstverständlich kann es Anträge geben, die einem grundsätzlichen Demokratieverständnis zuwiderlaufen, und auch wir wollen uns nicht mit Anträgen beschäftigen, die faschistisch, rassistisch, herabwürdigend oder beleidigend sind. Aber einen Antrag aus anderen Gründen abzulehnen ist nicht akzeptabel. So meinen rot/schwarz, man müsse sich nicht mit satirischen Anträgen befassen. Zum einen sind sie nicht gezwungen, zu satirischen Anträgen Redebeiträge zu halten, zum anderen kommt schon mal die Frage auf: welche Anträge sind denn zulässig? Etwa wenn die Sozialdemokraten Wahlpropaganda im Rat machen und mit ernster Miene Sozialcard-Inhaber verhöhnen? Oder wenn rot/grün einen Antrag des Personalrates klauen und sich wohlütig gerieren, nur weil Wahlkampf ist? Es passiert vieles im Rat was lange nicht allen schmeckt. Nur seinen eigenen Geschmack zum Maßstab zu machen, hat ein Geschmäckle.

Leistungen der Sozialcard erweitern

In der August-Sitzung des Rates schlugen wir vor, die ermäßigten Tarife für die Schwimmbäder auch den Sozialcard-Inhabern zugutekommen zu lassen. Die Sozialdemokraten gingen noch wesentlich weiter: „Zielführend wäre, im Rahmen der Möglichkeiten vor Ort, zu schauen, welche Vergünstigungen für eine gleichberechtigte Teilhabe möglich wären. Die SozialCard müsse grundsätzlich aktualisiert und auch erweitert werden. Dazu würden aus der Sicht der SPD-Ratsfraktion auch die Eintrittspreise für die Schwimmbäder gehören.“ (Zitat aus dem veröffentlichten Protokoll) Im Sozialausschuss am 12.09. konnten wir immerhin erreichen, dass die Eintrittspreise für die Schwimmbäder für alle Sozialcard-Inhaber um einen Euro gesenkt werden, also von 3,90 auf 2,90 €. Auch wenn wir lieber die Gleichstellung mit dem bisherigen ermäßigten Tarif von 2,20 € gesehen hätten, ist es doch ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Nun könnte man meinen, dass unser Antrag doch weit hinter dem sozialdem. Vorschlag herhinkt, stellt dieser doch in Aussicht, dass alle Vergünstigungen für sozial Schwache oder Studenten auch den Sozialcard-Inhabern zugutekommen könnten. Doch weit gefehlt: Von weiteren Vergünstigungen ist nicht annähernd die Rede mehr, ein Flyer soll informieren und neu aufgelegt werden. Soviel Zynismus bringt man wohl nur in Wahlkampfzeiten auf – öffentlichkeitswirksam im Rat den Mund vollnehmen und im wenig beachteten Sozialausschuss alles in die Mülltonne treten. Es wird also weiter an uns liegen für Sozialcard-Inhaber immer wieder konkret einzelne Vergünstigungen für die Teilhabe am öffentlichen Leben einzufordern und dafür zu sorgen, dass sie nicht in den Schatten gedrängt werden.



Cuba braucht unsere Hilfe!

Hurrikan „Irma“ wütet auf Cuba

Spendenkampagne für Hurrikan-Hilfe

Hurrikan Irma, der stärkste Wirbelsturm in der Karibik, seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, ist in am Freitagabend (Ortszeit) den 8. September in Kuba auf Land getroffen.

Der Hurrikan der Kategorie 5 traf mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 260 Stundenkilometern, extremen Niederschlägen und mit bis zu 6 Meter hohen Wellen im Nordosten Kubas auf die Küste von Camagüey. In Holguín und Guantánamo kommt es zu ersten starken Überschwemmungen. Alle nördlichen Provinzen sind von schweren Sturmschäden betroffen.

Nach dem Landfall bewegt sich Hurrikan Irma mit Stärke der Kategorie 4 ungewöhnlich langsam, mit 20 Stundenkilometern, an der Küste Richtung Westen und verursacht schwerste Sturmschäden und Überschwemmungen. Die Reparaturen werden Wochen und Monate dauern und Millionen Dollar kosten.



Erste Bilder, die uns aus der Stadt Yaguajay, Provinz Sancti Spíritus über www.granma.cu erreichten

Sie können sich immer über den aktuellen Stand der Katastrophe informieren:

Hurrikan Irma trifft Kuba: <http://www.fgbrdkuba.de/soli/hurrikan-irma.php>

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba stellt als Soforthilfe 10.000 Euro zur Verfügung

Helfen Sie mit!

Spendet unter dem Stichwort „Hurrikanhilfe“

Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00, BIC: BFSWDE33XXX

Spenden an die FG sind steuerabzugsfähig. Bei Spenden ab 100,00 € erhalten Sie bei Angabe des Absenders automatisch eine Spendenbescheinigung zugeschickt.



Solidarität ist die
Zärtlichkeit der Völker
Ernesto Che Guevara